Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 4 (1924-1925)
Heft: 1

Artikel: Die Krisis der Demokratie
Autor: Kramer, H.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-328899

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

LS 6c (N 11 c)

Rote Revue

Sozialistische Monatsschrift

1. HEFT SEPTEMBER 1924 IV. JAHRG.

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Die Krisis der Demokratie.

Von Dr. H. Kramer.

I. Tatsachen und Ursachen.

Ich werde mich nicht lange dabei aufhalten, das tatsächliche Bestehen einer Krisis der Demokratie erst zu beweisen. Wenn eine Seuche ganze Erdteile ergreift und große Völker ihr zum Opfer fallen, gibt sich nur ein Pedant damit ab, ihr Vorhandensein umständlich festzustellen und sich und seine Zeitgenossen von der leibhaftigen Existenz der Plage zu überzeugen. Für uns andere ist es ein für sich selber sprechendes, uns immer wieder packendes und beschäftigendes geschichtliches Schauspiel, daß die demokratische Hochflut, die sich mit dem Krieg über Europa gewälzt und die mächtigsten Feudal- und Militärdespotien der Welt verschlungen hat, fast ebenso plötzlich und vollständig verebbt ist und daß mit gleicher Naturgewalt über Mittel- und Osteuropa, über die südlichen Länder und den Balkan hin bis nach Vorderasien hinein wie von vulkanischen Kräften emporgehoben neue Autokratien aufgetaucht sind, die vielen einen festeren Bestand zu haben scheinen als die meisten alten und neuen Demokratien, die wir kennen.

Noch überraschender und allgemeiner als die Entstehung antidemokratischer Einrichtungen ist aber die Ausbreitung antidemokratischer Stimmungen. Der grenzenlose demokratische Optimismus, dem man sich noch vor wenigen Jahren hingegeben, hat weithin einem ebenso kritiklosen antidemokratischen Pessimismus Platz gemacht, einer tiefen Enttäuschung über die Demokratie, ja ihrer Verachtung, und es ist mehr und mehr in allen Gesellschaftskreisen Mode geworden, sich von der untergehenden Sonne der Demokratie zweifelnd abzuwenden und die neu aufgehenden Gestirne der autokratischen Welt anzubeten. Es sieht wirklich so aus, als sei der Zustand eingetreten, den Oswald Spengler beschreibt, wenn er als untrügliches Zeichen für den „Untergang des Abendlandes" das Herabsinken der Demokratie zur bloßen Form feststellt. „Und sobald die Form", meint er, „nicht mehr die Anziehungskraft eines jungen Ideals besitzt, für das

man auf die Barrikaden geht, erscheinen die außerparlamentarischen Mittel, um trotz der Abstimmung und ohne sie das Ziel zu erreichen: darunter das Geld, der wirtschaftliche Druck, vor allem der Streik. Weder die großstädtische Masse noch der starke einzelne haben wahre Achtung vor dieser Form ohne Tiefe und Vergangenheit, und sobald man entdeckt, daß sie nur Form ist, ist sie auch schon Maske und Schatten geworden. Mit dem Anfang des 20. Jahrhunderts nähert sich der Parlamentarismus, auch der englische, mit schnellen Schritten der Rolle, die er selbst dem Königtum bereitet hat. Er wird ein eindrucksvolles Schauspiel für die Menge der Gläubigen, während der Schwerpunkt der großen Politik, wie er rechtlich von der Krone zur Volksvertretung hinüberging, nun tatsächlich aus dieser in Privatkreise und den Willen von Privatpersonen verlegt wird." (Band II, S. 520/21.)

* * *

Die neuere Demokratie, ein Kind der geistigen und wirtschaftlichen Umwälzung des 15. und 16. Jahrhunderts, hat sich in langen, schweren Kämpfen gegen ihre mannigfaltigen Feinde: die kirchliche Zwangsherrschaft, das Feudalwesen, den fürstlichen Absolutismus, den merkantilistischen und zünftlerischen Obrigkeitsstaat durchzusetzen und zu behaupten gehabt. Die gegenwärtige Bedrohung der Demokratie entspringt, soweit es sich um mehr politische Erscheinungen handelt, im wesentlichen drei Quellen: dem imperialistischen Machtstaat, dem proletarischen Sozialstaat und dem kapitalistischen Ordnungsstaat.

1. Daß der militärische Machtkampf der imperialistischen Großstaaten nur ein beschränktes Maß von innerpolitischer Freiheit zulasse, und zwar um so weniger, je mehr die geographische Lage eines Landes zu dessen politischer Bedrohung herausfordere, ist ein Glaubenssatz aller modernen Imperialisten. Mit Vorliebe führen sie das von dem Engländer Seeley geprägte Wort an: „Das Maß von Freiheit in den Staaten muß normalerweise umgekehrt proportional sein dem militärisch-politischen Druck, der auf ihren Grenzen lastet. Je stärker dieser Druck von außen, desto straffer muß die Organisation im Innern sein, wenn der Staat seine Selbständigkeit behaupten will." Das klassische Beispiel für die strengste Anwendung dieser Theorie auf die Praxis war, schon lange bevor die Lehre formuliert worden war, der preußische Staat und dann das deutsche Kaiserreich, wie denn auch für die deutschen Geschichtschreiber von Ranke bis Delbrück und Oncken der Primat der äußeren Politik gegenüber der inneren ein Grund- und Eckstein aller Staatsweisheit ist. Man kann die staatlichen Einrichtungen und das politische Leben Preußens und Deutschlands nicht verstehen, wenn man sich nicht vergegenwärtigt, daß sie sich unter dem ständigen, überragend starken Einfluß der militärischen Machtpolitik entwickelt haben und vor allem in ihrem Dienste standen. Nicht nur die Heeresorganisation, sondern die ganze Verwaltungs- und Verfassungsstruktur, das Schul-

wesen, die Kirchenverfassung, die Wirtschafts- und Sozialpolitik, das Verkehrswesen — alles war planmäßig so angelegt, daß es die äußere Machtentfaltung zur höchsten Wirksamkeit steigern und die Züchtung der dafür nötigen Gesinnung erreichen sollte. Demokratie war im alten Deutschland einfach staatsgefährlich; die Aufrechterhaltung eines internationalen Spannungszustandes aber wurde anderseits ein Gebot der Selbsterhaltung für diejenigen Klassen, auf die sich die Autokratie innerpolitisch stützen mußte. Wenn die Demokratie in Deutschland gesiegt hätte, so wären die inneren Voraussetzungen für die imperialistische Außenpolitik dahingefallen; wenn der Friedensgedanke in der Welt draußen durchgedrungen wäre, hätte die Feudalschicht, die Schwerindustrie, die Offizierskaste und das Beamtentum ihre staatserhaltende Funktion und damit ihre herrschende soziale Stellung eingebüßt. Darum der Haß dieser Kreise gegen den Pazifismus; darum aber auch schon vor dem Krieg die planmäßige Herabsetzung der Demokratie durch alle Interessenten und sonstigen Verteidiger der Machtpolitik. Im Krieg selber wurde dann natürlich der literarische Kampf gegen die „westliche" Demokratie, der die „deutsche Freiheit" gegenübergestellt wurde, zu einem Hauptstück der deutschen Propaganda; die Argumente, mit denen man damals in Deutschland focht — man vergleiche z. B. die vom Bund deutscher Gelehrter und Künstler herausgegebene, fünf Vorträge von Leuchten der deutschen Wissenschaft enthaltende Schrift „Die deutsche Freiheit" (Perthes, Gotha, 1917) —, hören sich oft geradezu so an, wie wenn sie den Werken sozialistischer Kritiker der bürgerlichen Demokratie entnommen wären. Daß in diesen Gründen, sosehr sie auch Fabrikate und Exportartikel des deutschen Imperialismus gewesen sind, ein wahrer Kern steckt, ist damit zugegeben; zunächst interessiert uns aber mehr die Tatsache, daß die deutsche Kriegspropaganda gegen die Demokratie der Westvölker einen guten Teil der antidemokratischen Stimmung geschaffen hat, die wir heute unter uns wirken sehen, einer Stimmung, die dann natürlich aus der Enttäuschung über den von den demokratischen Westmächten geschaffenen Friedensvertrag und aus der Verärgerung über die Jammergestalt der deutschen Republik neue Nahrung zog.

2. In der Ausprägung, die die Demokratie durch die Aufklärungsphilosophie erfahren hat, erschien sie ihren Anhängern als die vollkommene Verwirklichung der Ideale der Freiheit und Gleichheit, des Fortschrittes und der Menschenrechte. Ewige Vernunftwahrheiten schienen auf die Erde herniedergestiegen und sich in Staatsverfassungen und politischen Programmen verkörpert zu haben. Die Lehre des Sozialismus, schon des utopischen, besonders aber dann des „wissenschaftlichen", hat diese ungeschichtliche Abstraktion grausam zerstört, indem sie die bis dahin verwirklichten Formen der Demokratie als bloße Ideologie des kapitalistischen Bürgertums erklärte, als politischen Ausdruck seines Klasseninteresses, das sich zur Befreiung der neugebildeten Gesellschaftsschicht aus den Fesseln des absoluten Staates der unveräußerlichen Menschenrechte und der Volkssouveränität nur

als zugkräftigen Vorspannes bedient habe. Denn unter der Decke der politischen Freiheit und Gleichheit hatte sich eine bisher unerhörte wirtschaftliche Abhängigkeit und Rechtlosigkeit entwickelt, die die politische Demokratie als blutigen Hohn erscheinen ließ, ein System der Ausbeutung der besitzlosen Massen durch die Beherrscher der Produktionsmittel, gegen das der alte Feudalismus fast das goldene Zeitalter genannt werden mußte. Die Volkssouveränität aber, die sich im Parlamentarismus ihr Werkzeug geschaffen hatte, war als bloße Klassenherrschaft der Bourgeoisie enthüllt worden, als ein Mittel, um die Machtstellung des Kapitalismus aufrechtzuerhalten und zu erweitern. Der Strahlenkranz der Demokratie verblich für die Arbeiterklasse immer mehr; man sprach nicht mehr von der Demokratie schlechthin, sondern von der bürgerlichen Demokratie, die nur eine verschleierte Diktatur des Bürgertums sei, und stellte ihr die Diktatur des Proletariats entgegen, die mit der demokratischen Lüge aufräumen und nach einer Periode der rücksichtslosen Unterdrückung alles Widerstandes gegen den Sozialismus erst die wahre Demokratie innerhalb einer klassenlosen Gesellschaft aufrichten würde. „Die Gegnerschaft des Proletariats gegen die Demokratie ist also bloße Bekämpfung der bürgerlichen Scheindemokratie oder eigentlich ihrer klassischen Ausdrucksform, des Parlamentarismus. Und die dagegen ausgerufene Diktatur des Proletariats ist gar nichts anderes als die offene Aussprache dessen, was ist, die Aufzeigung des Parlamentarismus als einer bloßen Klassenherrschaft, die als solche auch einmal von einer anderen als der bis jetzt herrschenden Klasse an sich gerissen werden kann, wenn dies auch vielleicht durch außerparlamentarische Mittel geschehen muß." (Max Adler.)

Kann man bei dieser mehr oder weniger marxistischen Auffassung der Diktatur des Proletariats — eine einheitliche Auffassung davon hat ja Marx selber gar nicht gehabt, sowenig wie Engels — noch im Zweifel sein, ob die proletarische Klassenherrschaft im wesentlichen als Mehrheitsregiment oder als Minderheitsdiktatur ausgeübt werden solle, so schließt die bolschewistische Schulmeinung jedes Mißverständnis gründlich aus. Da die Arbeiterschaft in den meisten Ländern die Minderheit bildet und das „revolutionäre Proletariat" wiederum nur eine kleine Minderheit dieser Minderheit, so ist für die Bolschewisten die Eroberung der Staatsmacht durch Waffengewalt und die militärische Unterwerfung oder Ausrottung der bürgerlichen Klassen der logisch einzig mögliche Weg zum Sozialismus. „Nirgends," sagt Radek („Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat"), „in keinem Lande wird die Revolution als Tat der Mehrheit der Bevölkerung beginnen ... Es bäumt sich immer die aktivste Minderheit auf, sie vollzieht die Revolution, deren Sieg davon abhängig ist, ob diese Revolution der Linie der historischen Entwicklung, d. h. dem Interesse der Volksmassen entspricht, die die früher herrschende Klasse ablösen können." „Die sozialistische Revolution ist ein langer Prozeß, der mit der Entthronung der kapitalistischen Klasse beginnt, aber erst mit der Verwandlung der kapitalistischen Wirtschaft in eine

Arbeitsgemeinschaft endet. Dieser Prozeß wird in jedem Lande wenigstens eine Generation in Anspruch nehmen, und diese Zeitspanne ist eben die Periode, in der das Proletariat mit einer Hand die kapitalistische Klasse immer wieder niederwerfen muß, während es nur die andere zur sozialistischen Aufbauarbeit frei hat." Robespierre hat das kürzer und paradoxer ausgedrückt: „Die Regierung der Revolution ist der Despotismus der Freiheit gegen die Tyrannei."

3. Auf Robespierre folgte Napoleon, die Restauration des ancien régime, die heilige Allianz. Die Antwort auf den proletarischen Antidemokratismus ist der verschärfte bürgerliche Antidemokratismus, der kapitalistische Ordnungsstaat: in Finnland die Schreckensherrschaft der weißen Garde, in Italien der Fascismus, in Ungarn das Horthy-Regiment, in Deutschland die Noske-Epoche und der Nationalsozialismus usw. Beinahe jeder kapitalistische Staat hat heute irgendein „Ordnungsgesetz" oder eine gleichwertige Verwaltungs- und Gerichtspraxis; in der ältesten Republik Europas haben wir immerhin das Schlimmste durch die Zerreißung der Lex Häberlin abwenden können. Ist der Bolschewismus der Versuch, die Zeitenwende, die, wirtschaftlich gesehen, die Gestalt des Ueberganges vom Kapitalismus zum Sozialismus annimmt, gewaltsam zu beschleunigen und den Geschichtsverlauf durch amtliche Dekrete von Volkskommissären zu reglementieren, so drückt sich im kapitalistischen Ordnungsstaat das Streben aus, die Gesellschaftsumwälzung im vorgeschriebenen Rahmen der bestehenden Gesetzesparagraphen zu halten und womöglich überhaupt zu verhindern. Aus dem revolutionären Frühkapitalismus des 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts, der die politische Demokratie schuf oder doch brauchte, ist der konservative, ja reaktionäre Spätkapitalismus des 20. Jahrhunderts geworden, der jeden Tag bereit ist, die demokratischen Formen abzustreifen, wenn sich in ihnen die Klassenherrschaft des Bürgertums nicht mehr genügend ausleben kann. Die Entwicklung scheint damit die Wendung nehmen zu wollen, die für alle großen Gärungszeiten der Geschichte typisch ist: die Zusammenfassung und Ausdehnung der staatlichen Gewalten soll der Auflösung der bestehenden Ordnungen wehren und um die Gesellschaft ein neues, eisernes Band schmieden; gegen das Hereinbrechen des Chaos, in dem die Kultur zu versinken droht, versucht selbstherrlicher Ordnungswille Schutzdämme aufzurichten, an denen die Brandung des Umsturzes zerschellen soll.

Wenn man will, kann man sich hier auch auf die Geschichtsphilosophie Spenglers berufen, freilich nur in einem begrenzten Sinn. Denn während wir den Ordnungsstaat als den politischen Ausdruck der späteren Entwicklungstendenzen des auf seine Selbsterhaltung bedachten Kapitalismus ansehen, stellt Spengler den Cäsarismus, mit dem er unsere abendländische Kultur wie die früheren Kulturen abschließen läßt, in Gegensatz zum Kapitalismus, den er mit der Demokratie völlig gleichsetzt und von den allein formschaffenden Mächten der Rasse und der Ueberlieferung überwunden werden läßt:

„In Gestalt der Demokratie hatte das Geld triumphiert. Es gab eine Zeit, wo es allein oder fast allein Politik machte. Aber sobald es die alten Ordnungen der Kultur zerstört hat, taucht aus dem Chaos eine neue, übermächtige, bis in den Urgrund alles Wesens hinabreichende Größe empor: die Menschen von cäsarischem Schlage. An ihnen geht die Allmacht des Geldes zugrunde. Die Kaiserzeit bedeutet, und zwar in jeder Kultur, das Ende der Politik von Geist und Geld. Die Mächte des Blutes, die urwüchsigen Triebe alles Lebens, die ungebrochene körperliche Kraft treten ihre alte Herrschaft wieder an. Die Rasse bricht rein und unwiderstehlich hervor: der Erfolg des Stärksten und der Rest als Beute. Sie ergreift das Weltregiment, und das Reich der Bücher und Probleme erstarrt oder versinkt in Vergessenheit." (Band II, S. 541/542.) Und wiederum: „Der Cäsarismus w ä c h s t auf dem Boden der Demokratie, aber seine Wurzeln reichen tief in die Untergründe des Blutes und der Tradition hinab ... Mögen die Machthaber der Zukunft, da die große politische Form der Kultur unwiderruflich zerfallen ist, die Welt als Privatbesitz beherrschen, so enthält diese formlose und grenzenlose Macht doch eine Aufgabe, die der unermüdlichen Sorge um diese Welt, die das Gegenteil aller Interessen im Zeitalter der Geldwirtschaft ist und die ein hohes Ehrgefühl und Pflichtbewußtsein fordert. Aber eben deshalb erhebt sich nun der Endkampf zwischen Demokratie und Cäsarismus, zwischen den führenden Mächten einer diktatorischen Geldwirtschaft und dem rein politischen Ordnungswillen der Cäsaren." (Band II, S. 583.)

* * *

Spengler führt uns jedoch bereits an die tiefer liegenden, im dunklen Reich des Unbewußten wirkenden und wuchernden Kräfte hinan, denen die Feindseligkeit gegen alles, was Demokratie heißt, entstammt und von wo aus sie halbverstanden und mehr triebmäßig erst an die politische Oberfläche drängen.

Ruht schon immer auf dem Grunde der menschlichen Seele jenes Bedürfnis nach Leitung und Anlehnung, das mit Vorliebe andere für sich denken und handeln läßt und die große Masse der Herdenmenschen von jeher zur Beute unternehmender und kühner Herrenmenschen, oft auch nur von geschäftigen und routinierten Strebern gemacht hat, so ist ein hervorstechender Wesenszug unserer Zeit eine besonders geartete und doch edlere Sehnsucht nach Autorität und Führertum. Fr. W. Foerster hat einmal mit tiefem Recht die Verirrung des deutschen Volkes in den Militarismus aus dem Streben der deutschen Seele erklärt, sich vor dem ihr innewohnenden Subjektivismus in eine überpersönliche Objektivität zu retten, eine Objektivität, die sie mit dem Verblassen der religiösen Lebenswerte immer mehr in der systematisierten Gesellschaft, im preußischen Militärstaat zu finden glaubte. Aehnlich sehnt sich der moderne abendländische Mensch überhaupt aus der Ziel- und Richtungslosigkeit seines ent-

wurzelten Daseins heraus nach einem festen Halt im Strudel des Lebens, nach einem unverrückbaren Ziel und deshalb nach Führern, denen er folgen, nach Helden, die er verehren kann, nach Herrschernaturen, denen er sich unterwerfen darf. Hier liegt der Schlüssel zum Verständnis des neuen Vordringens der katholischen Weltkirche, die Unzähligen als rettender Fels Petri winkt; hier entschleiert sich aber auch das letzte Geheimnis des Fascismus und des Bolschewismus, die mit der Losung von der Diktatur auf die vom Sumpf des Parlaments- und Parteiwesens, des charakterlosen Reformismus und Spießerpatriotismus angewiderten Völker eine wahre Zaubermacht auszuüben vermochten und zum Teil noch vermögen.

In der autokratischen und autoritären Strömung der Gegenwart läuft aber auch etwas von der Auflehnung gegen den demokratischen Rationalismus mit, die sich schon als Historismus und Realismus durch das ganze 19. Jahrhundert gezogen hat und die heute neuerdings Boden gewinnt. Der moderne parlamentarische und politische Betrieb, das repräsentative System und die Volkssouveränität sind noch immer aufs stärkste beeinflußt von der Vorstellung des Aufklärungszeitalters, daß, wie Professor G. Steffen (in seinem Buch „Die Demokratie in England") spottet, der politische Mensch eine logische Maschine sei, die politische Zweckmäßigkeitsberechnungen anstelle und dem Ergebnis der Berechnungen gemäß handle. In Wirklichkeit kommen die politischen Entscheidungen der allermeisten Menschen aus mehr oder weniger unterbewußten Gefühlen und Trieben, eine Erkenntnis, die naturgemäß den Glauben an das gute Funktionieren des bestehenden parlamentarischen und demokratischen Apparates aufs schwerste erschüttern und die Ueberzeugung aufkommen lassen mußte, daß die Demokratie überhaupt auf einer falschen Psychologie beruhe. Auch dieses Element läßt sich im heutigen Antidemokratismus unschwer nachweisen.

Damit hängt zusammen die in demagogischer Weise die Massenstimmung geschickt ausnützende, scheinbar antikapitalistische Einstellung, die für die großen Diktaturbewegungen unserer Tage — besonders den italienischen Fascismus und den deutschen Nationalsozialismus, auch die amerikanische Ku-Klux-Klan-Bewegung — so bezeichnend ist. „Man ist der Geldwirtschaft müde bis zum Ekel," schreibt Spengler, „man hofft auf eine Erlösung irgendwoher, auf einen echten Ton von Ehre und Ritterlichkeit, von innerem Adel, von Entsagung und Pflicht. Und nun bricht die Zeit an, wo in der Tiefe die formvollen Mächte des Blutes wieder erwachen, die durch den Rationalismus der großen Städte verdrängt worden sind." Marx hat einmal gesagt, der Antisemitismus sei der Sozialismus der dummen Kerle. Auch der Antikapitalismus der Spengler und Hitler ist ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft; aus einer Geisteswelt stammend, die nicht die unsere sein kann, hilft sie doch mit, die Mächte zu stürzen, denen auch wir, von einer ganz anderen Seite herkommend, den Kampf angesagt haben.

II. Ergebnisse und Aufgaben.

Ich habe vorhin gesagt, daß auf dem Grunde des modernen Antidemokratismus das Führungsbedürfnis der richtungslos gewordenen Massen liege. Es ist nur die andere Seite der Sache, wenn ich hinzufüge, daß diese Richtungslosigkeit, diese Bereitschaft, jeder suggestiven Persönlichkeit, jeder suggestiven Parole zu folgen, eben auch das Unvermögen bedeutet, überhaupt ein geistiges Prinzip als unbedingte Richtschnur des Denkens und Handelns anzuerkennen. An die Stelle der inneren Autorität tritt die äußere; den Platz des wegleitenden Prinzips nimmt irgendein System, eine Einrichtung, eine Zwangsgewalt ein. So hat man über der nur zu berechtigten Kritik an den Verkörperungsformen der Demokratie auch ihren Geist verleugnet und das Freiheitsprinzip ohne weiteres geopfert, sooft es in Konflikt mit irgendwelchen materiellen Vorteilen oder praktischen Zielen kam: mit den Bedürfnissen des imperialistischen Machtstaates, mit den „Notwendigkeiten" der proletarischen Revolution, mit dem Willen zur Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Unser undemokratisches Geschlecht hat zwar eine gewichtige Entschuldigung: die Tatsache, daß das Maschinenzeitalter, die kapitalistische Zivilisation ein furchtbarer Zerstörer aller Persönlichkeitswerte und des freien Menschentums ist, und daß es auf diesem Boden fast nicht anders möglich war, als daß der Freiheitsgedanke verkümmerte und verdorrte. Die alte Demokratie ist auf einem soliden wirtschaftlichen Untergrund gewachsen; wenn nun dieser Untergrund Stück für Stück weggezogen wurde, so hätte schon eine außergewöhnliche sittliche Kraft dazu gehört, um dennoch dem Freiheitsgedanken treu zu bleiben. Das soll mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden. Trotzdem hebt es die Tatsache nicht auf, daß eben doch ein Abfall von einem geistigen Prinzip vorliegt, dessen Geringschätzung, ja Verrat sich schwer gerächt hat. Ein flüchtiger Blick auf die Ergebnisse der antidemokratischen Bewegungen bestätigt dieses Urteil.

1. Am autokratischen Machtstaat ist mit dem Zusammenbruch der ost- und mitteleuropäischen Militärmonarchien das Todesurteil bereits vollstreckt worden. Wenn es wahr gewesen wäre, daß die Selbstbehauptung eines Volkes gegen äußeren Druck nur möglich sei, wenn sein Staat straff obrigkeitlich organisiert sei, wenn seine Glieder jederzeit von einer Zentralstelle aus mit Unterdrückung jedes Eigenwillens wie die Räder eines Mechanismus gelenkt werden könnten, dann hätten die Militärmonarchien, vor allem das Deutsche Reich, die Kriegsprobe glänzend bestehen, die westlichen Demokratien aber an ihrer freiheitlichen Staatsorganisation zugrunde gehen müssen. Daß es gerade umgekehrt gekommen ist, hat den Kredit der Autokratie als der notwendigen Selbstschutzeinrichtung kämpfender Staaten gründlich vernichtet. Es hat sich an einem großen Beispiel erwiesen, was die Vorkämpfer der Demokratie immer behauptet haben: daß die Demokratie — die möglichste Freiheit der einzelnen vom Staatszwang und die Selbstregierung der Bürger im Staat — allein imstande

sei, alle im Volk schlummernden Kräfte wachzurufen und zur äußersten Leistung anzuspornen. Für den Staat, den das Volk wirklich selber in Händen hat, der kein Herrschafts- und Untertanenverhältnis kennt, bringt jeder Bürger aus freier Ueberzeugung williger diejenigen Opfer, die zu dessen Erhaltung notwendig erscheinen, als für einen Staat, in dem das Bewußtsein der Verantwortlichkeit aller für alle ertötet, der Glaube an die Unfehlbarkeit der regierenden Schicht aber doch nicht stark genug entwickelt ist, um alle Zweifel am Recht der „nationalen" Sache zu ersticken und die unerläßliche innere Einheit zu sichern. Und nur die Selbstverwaltung und Selbstregierung der Bürger auf allen Stufen bringt diejenige Fülle von Gedanken und Anregungen, von freiwilligen Einrichtungen und Werken hervor, auf die ein um sein Dasein ringendes Volk angewiesen ist, die aber eine auf besinnungsloses Weitergeben und pünktliche Ausführung der von oben erteilten Befehle eingestellte Staatsmaschine nicht zu produzieren vermag. Die Autokratie als Organisationsform der Staaten im Verteidigungszustand hat den Krieg nicht überlebt; sie wird trotz aller künstlichen Wiederbelebungsversuche keine Auferstehung mehr feiern.

2. Für im Grund erledigt dürfen wir auch den Versuch ansehen, durch einen neuen aufgeklärten Demokratismus die erschütterte soziale Ordnung zu erhalten. Der anscheinende Erfolg, den der autokratische Ordnungsstaat in Italien, neben Spanien dem einzigen großen Kulturland, das ihn aufgerichtet, errungen hatte, hat zwar bis vor kurzem viele schwankende Geister in der Beurteilung der Tatsachen irregeführt. Die Krisis jedoch, in die die moralische Erhebung des edleren Teiles der italienischen Nation gegen das für Matteottis Ermordung verantwortliche Regime den Fascismus gestürzt hat, hat auch ihnen die Augen geöffnet. Sie beginnen zu erkennen, was Matteotti am Schluß seines letzten, in einer englischen Zeitschrift veröffentlichten Artikels geschrieben hat: „Der Fascismus mag, indem er das Volk terrorisiert, fremden Beobachtern einen Zustand des Friedens und der Ruhe vortäuschen, der die Spekulation ermutigen soll; aber er hat keine einzige der Lebensfragen unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens gelöst. Der gegenwärtige Rückfall in den Geisteszustand der Gewalt und der Zerstörung, der einst das traurige Erbe der Fremdherrschaft in Italien war, kann vielmehr nur die allgemeine Entwicklung hindern und verlangsamen, zu der die gesunden Kräfte des Volkes hinstreben." In der Tat: Es ist ein schwerer psychologischer Irrtum — vom andern ganz zu schweigen, da es uns hier nur auf die Bewährung einer Theorie in der Praxis ankommt —, zu glauben, staatliche und gesellschaftliche Ordnung beruhe jemals auf körperlicher Gewalt. Welche Rolle immer bloße Polizeigewalt in allen Staatsformen spielen mag: über den Bestand dieser oder jener sozialen und politischen Ordnung entscheidet im Grund immer das freie Denken der Menschen über das Recht und die Nützlichkeit dieser oder jener Ordnung. Keine Zwangsgewalt irgendwelcher Art wird auf die Dauer einen Gesellschaftszustand aufrechterhalten können, der im Bewußtsein der Menschen erschüttert ist; sie wird

vielmehr nur die auf einen neuen Gesellschaftszustand hindrängenden Kräfte gefährlich zurückstauen und damit ihren verheerenden Ausbruch desto gewisser bewirken. Die sicherste Bürgschaft einer ruhigen, organischen Entwicklung liegt stets im freien Gewährenlassen aller geistigen Kräfte; denn im Konkurrenzkampf der Ideen gilt allerdings, was im wirtschaftlichen Kampf eine seichte Täuschung war: was wert ist, zu leben, setzt sich durch.

3. Sollte für das Bemühen um den gesellschaftlichen Fortschritt eine andere Wahrheit, ein anderes Gesetz gelten als für die Sorge um die Erhaltung des geschichtlichen Zusammenhanges aller gesellschaftlichen Lebensformen? Die Tatsachen, die wir bis jetzt kennen, antworten auf jeden Fall ein klares Nein. Zwar wollen auch hier viele, allzu viele, noch nicht hören und sehen. Der Glaube an den Erfolg des Versuches einer *proletarischen Minderheit*, mit *Gewalt* die Staatsmacht zu erobern und zu ihrem Vorteil zu benützen (was als in der Linie des gesellschaftlichen Fortschrittes liegend erklärt wird), ist weit davon entfernt, ausgestorben oder bei seinen Anhängern auch nur ernstlich erschüttert zu sein, und das trotz dem traurigen Mißlingen des Versuches in Rußland, das nicht allein vom grundsätzlichen Bolschewismus zum grundsätzlichen Kapitalismus zurückgekehrt ist, sondern auch bereits an die Liquidation der „neuen Wirtschaftspolitik", soweit sie einen Rest von Kommunismus retten wollte, herangehen muß. (Trotzky in seiner Denkschrift über die gegenwärtige Lage des Bolschewismus: „Es gibt keine Leitung der Wirtschaft, das Chaos kommt von oben!") Wer aber Augen hat, zu sehen und Ohren, zu hören, dem genügt die Erfahrung mit Rußland vollauf als äußere Bestätigung dessen, was er als innere Notwendigkeit erkennt. Diese Notwendigkeit ist: daß ebenso, wie jede bestehende Gesellschaftsordnung der freiwilligen Zustimmung ihrer Träger bedarf, so auch ein neuer sozialer Zustand erst erreicht werden kann, wenn sein Recht und seine Nützlichkeit dem Denken und Fühlen der großen Mehrheit der Menschen entspricht und von ihrem freien Willen gefordert wird. Die entscheidende geschichtliche Rolle der tätigen Minderheiten wird dabei keineswegs verkannt; sie spielt sich — von den Fällen abgesehen, da eine autokratische Staatsform der Volksmehrheit nicht erlaubt, auf gesetzlichem Wege die Macht zu erlangen — nur auf einem anderen Boden ab, dem der geistigen Pionierarbeit. Auch die Tatsache des völligen Ungenügens der bürgerlichen Demokratie soll nicht leicht genommen werden; wenn uns aber die *Form*, in der die Demokratie bisher erschienen ist, mangelhaft vorkommen muß, so wollen wir mit ihr nicht auch das *Prinzip* der Demokratie wegwerfen, sondern in neuen, besseren Formen zu verwirklichen suchen, was es bedeutet: geistige und materielle Freiheit, Persönlichkeitsrecht und Menschenwürde, Regierung nur mit Zustimmung der Regierten, Gemeinschaftskultur. Denn dieses Prinzip der Demokratie ist ja doch im tiefsten Grunde das gleiche wie das des Sozialismus selbst, nur daß das eine Mal seine Anwendung auf das politische Zusammenleben im Vordergrund steht, das andere Mal seine Auswirkung in der Wirtschaft.

Daß diese Auffassung vom Gehalt des Sozialismus, wenigstens auf dem europäischen Festland, noch keineswegs allgemein durchgedrungen ist, ist die eigentliche Ursache der kühlen, ja feindseligen Stimmung im sozialistischen Lager gegenüber der Demokratie, die man eben nur vom jeweiligen taktischen Standpunkte aus beurteilt, nicht aber als ein Prinzip verteidigt. „Es ist ein fundamentaler Unterschied," sagt Ramsay Macdonald in seinem schlichten, so schön menschlichen Buch „Unsere Politik" (S. 53/54), „ob man den Fortschritt als einen Kampf zwischen mehr oder weniger verhüllten Machtgelüsten ansieht oder als das Freiheitsstreben des ganzen soziologischen Lebens, ein Standpunkt, den die Independent Labour Party und ein vorherrschender Teil des britischen Sozialismus vertritt.... Wenn sie (die Labour Party) eine Kampfansage an die herrschende Meinung richtet...., so geschieht dies nicht aus dem Wunsche heraus, die Arbeiterschaft auf die Sitze der Auserwählten zu bringen und über alle Klassen herrschen zu lassen, sondern aus dem Gefühl heraus, die Arbeiterschaft mit Selbstachtung und Verantwortlichkeit zu erfüllen und sie würdig eines Zusammenlebens mit allen anderen Arbeitleistenden zu machen... Die Gesellschaft ist eine Einheit gegenseitiger Hilfsleistungen, eine Gemeinschaft von Menschen, die unendlich verschiedene Funktionen auf unendlich verschiedene Weise ausführen, die alle gleichberechtigt sind und alle verschieden." Ein solcher Sozialismus kann von vornherein nicht anders als grundsätzlich auch zur Demokratie stehen. Daß aber auch vom deutschen Sozialismus aus die innere Einheit von Demokratie und Sozialismus scharf erfaßt werden kann, ja muß, mögen die Worte zeigen, mit denen Karl Kautsky („Die proletarische Revolution und ihr Programm", S. 142) seine Untersuchungen über die politische Revolution des Proletariats zusammenfaßt: „Gleichzeitig mit dem Proletariat erstarkt die Demokratie. So wird auch der normale Weg zur Eroberung der politischen Macht für das Proletariat der der Demokratie sein. Die demokratische Republik ist die Staatsform für die Herrschaft des Proletariats. Die demokratische Republik ist die Staatsform für die Verwirklichung des Sozialismus."

* * *

Die Demokratie hat eine große, ruhmvolle Geschichte. Was sie für die geistige und materielle Entwicklung der Völker, die sich ihr geöffnet haben, geleistet hat, wird nicht vergehen. Die Versuche aber, an ihre Stelle das autokratische Prinzip in neuen Gestalten zu setzen, sind zum Teil bereits gescheitert, teils sind sie zum Fehlschlag verurteilt. Schon dies — ihre Leistungen in der Vergangenheit und der Mißerfolg ihrer Widersacherin in der Gegenwart — berechtigt uns zu der Erwartung, daß der Demokratie auch die Zukunft gehören werde, daß sie auch auf ein Morgen hoffen könne, das nicht minder glücklich sei als ihr Gestern und Heute. Mögen die Propheten des Pessimismus die Krankheitszeichen, die die moderne Demokratie aufweist, als Vorboten ihres unentrinnbaren Todes deuten und die nächste Geschichtsperiode dem Cäsarismus verschreiben — unsere Ueberzeugung

bleibt, daß die Krankheit nicht zum Tode ist, sondern zu einer Reinigung und Erneuerung der Demokratie führen wird. Wohl ist die materialistische Kultur des Abendlandes im Absterben begriffen; aber in ihrem Schoße wächst eine neue Welt heran, die von gewaltigen geistig-sittlichen Kräften getragen ist, Kräften, zu deren Ausstrahlungen eben auch die Demokratie und neben ihr der Sozialismus und Internationalismus gehört. Es wäre darum eine tragische Verkennung seiner eigenen Lage, wenn der Sozialismus an der Aushöhlung der Demokratie, die ihn emporgetragen hat und die ihn zum Siege führen wird, selbst mithelfen würde, und wäre es auch nur für die sogenannte Uebergangszeit, in der das Proletariat als Minderheit herrschen und seine Klassengegner mit Pulver und Blei ausrotten solle. Gewiß ist eine Voraussetzung für das Aufkommen echter Demokratie die gründliche Neugestaltung der Wirtschaft; aber der Sozialismus darf sich eben nicht wirtschaftlich verengen, sondern muß als lebendiges Prinzip auf allen Gebieten der modernen Gesellschaft Anwendung finden, auch und namentlich auf dem politischen. Wir brauchen nicht zu warten, bis die Wirtschaft dem Sozialismus gewonnen ist, um politische Formen zu schaffen, die den sozialistischen Gedanken in gewissem Maße verkörpern; die Durchdringung des Staates mit dem Geiste des Sozialismus wird sogar die Sozialisierung der Wirtschaft ganz wesentlich erleichtern. Nein, der Sozialismus gehört nicht ins Lager der Gegner der Demokratie, sondern ist ihr natürlicher Bundesgenosse. Wie er sich mit Hilfe der Demokratie durchsetzen wird, so ist die Demokratie auf ihn angewiesen, um in dem guten Kampf, den sie jetzt zu kämpfen hat, Meisterin zu bleiben.

Ihre tiefste Kraft wird aber die Demokratie erst gewinnen, wenn sie zu den Quellen zurückkehrt, von denen sie ausgegangen ist. In den schweren Nöten des Reformationszeitalters geboren, ist sie vorab in den Ländern calvinistischen Bekenntnisses groß geworden und in den nordamerikanischen Staaten zur vollen Mannesreife herangewachsen. Schon mit geschwächter Kraft ist sie nach Frankreich und dem europäischen Festland zurückgewandert und hat im Laufe des 19. Jahrhunderts weitere Verkümmerungen erfahren, bis sie dem Krisenzustand verfallen ist, in dem wir sie heute sehen. Von der geistigen Erneuerung her, der unsere Zeit entgegenstrebt, wird aber auch die Demokratie ihre Wiedergeburt erleben. Sie wird teilhaben an dem revolutionären Vorstoß und Durchbruch, den wir unternehmen müssen, wenn wir leben wollen. Es wird sich dann zeigen, daß die Demokratie alles andere eher ist als die Staatsform der Philisterhaftigkeit und Mittelmäßigkeit, die so viele ihrer besten Gegner fliehen, und daß vielmehr die Autokratie, die dem politischen Gegner nur mit Gewalt beikommen zu können glaubt und Gemeinschaft und Ordnung durch mechanischen Zwang erzeugen will, die Regierungsmethode der Bequemlichkeit und der geistigen Unfähigkeit ist. Die Demokratie dagegen wird, wie der Sozialismus, ein kühnes Wagnis sein, das die höchsten geistigen und sittlichen Fähigkeiten der Menschen braucht, um zu gelingen; sie wird den wertvollsten Teil der Kräfte anziehen,

die jetzt noch ihre Gegnerin an sich fesselt, und so nicht nur als diejenige gesellschaftliche Lebensform durchdringen, die dem ganzen Entwicklungsstande der Kulturvölker allein angemessen ist, sondern auch die Sehnsucht derer erfüllen, die Charakter, Selbsthingabe, Tatkraft, Führertum jetzt noch bei den Mächten der Autokratie suchen.

Zur Militärfrage.

Von L. Frank.

II.

So verhältnismäßig einfach für uns Sozialisten heute die grundsätzliche Stellungnahme zur schweizerischen Militärfrage ist, so schwierig ist es, praktische Folgerungen für die Gegenwartsarbeit aus unserer Erkenntnis zu ziehen. Die folgenden Ausführungen wollen denn auch kein abgeschlossenes Programm sein, sondern nur einige Anregungen bieten. Auf keinen Fall aber haben wir das Recht, uns unter Berufung auf Schwierigkeiten vor dem Handeln überhaupt zu drücken.

Der Militarismus ist vor allem eine geistige Erscheinung. Er beruht nicht auf einer bestimmten Verteilung wirtschaftlicher Güter, nicht auf Naturgesetzen, sondern auf einer bestimmten Geistesverfassung seiner Träger. Ohne militaristisch denkende, fühlende und handelnde Menschen kann er keinen Augenblick bestehen. Auf geistigem Gebiet ist er daher in erster Linie zu bekämpfen. Dabei soll natürlich nicht übersehen werden, daß er auch mit dem Kapitalismus, also mit einer wirtschaftlichen Erscheinung, in engster Beziehung steht.

Die militaristische Beeinflussung des Schweizers (bei anderen Völkern wird's ähnlich sein) beginnt schon gleich nach dem Säuglingsalter. Lange bevor er zur Schule muß, bekommt er seinen Holzsäbel und seinen papierenen Soldatenhut. Und wenn er das nicht selbst bekommt, so sieht er voll Neid, wie seine Kameraden damit beglückt werden. Er sieht vielleicht auch richtige Soldaten, sieht den Vater im Wehrkleid oder lorbeergeschmückt vom Schützenfest heimkehren, hört, wie Militärdienst und kriegerisches Heldentum in allen Tönen verherrlicht werden. Wir wissen ja heute, welch entscheidenden Einfluß die Eindrücke der frühesten Kindheit haben, auch wenn sie selbst längst dem Bewußtsein entschwunden sind.

Hier ist in erster Linie anzusetzen, und soweit es unsere eigenen Kinder betrifft, hängt hier die Wirkung nur von unserem eigenen Wollen ab, weil uns niemand stark hineinpfuschen kann. Wenn wir wenigstens einmal alle klassenbewußten Arbeitereltern dahin bringen, daß sie ihre Kinder nicht mehr zum Soldatenspiel anleiten, daß sie ihnen vielmehr Krieg und Kriegerei als etwas Ueberwundenes, als etwas Verächtliches hinstellen, so ist schon sehr viel erreicht. Uebrigens würde eine solche Bewegung — und es muß eine Bewegung werden! — auch